

Amer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Angabe: Nach unserm Satze
erst im Jahre monatlich 30.00 Mark.
Einzahlungen nehmen die Anzeiger
mit der Anweisung die Postanstalten
zu übernehmen. — Erhalten werthig.
Anspruch - Anschlag Nr. 53.
Telegramme: Lageblatt Erzgebirge.

Angabe: Nach unserm Satze
erst im Jahre monatlich 30.00 Mark.
Einzahlungen nehmen die Anzeiger
mit der Anweisung die Postanstalten
zu übernehmen. — Erhalten werthig.
Anspruch - Anschlag Nr. 53.
Telegramme: Lageblatt Erzgebirge.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 177

Dienstag, den 1. August 1922

17. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Im Einvernehmen mit den Führern der Regierungsparteien wird die Reichsregierung von einer Einberufung des Reichstages Abstand nehmen.

Im Unterhaus beantwortete Chamberlain die entsprechende Anfrage eines Abgeordneten dahin, daß die Frage der Aburteilung der Kriegsverurteilten vor dem Reichsgericht erneut vom Obersten Rat erörtert wurde.

Der interalliierte Friedenskongreß fordert den Völkerbund auf, auf sein Programm die Abschaffung der militärischen Dienstpflicht in der ganzen Welt zu setzen.

Irland hat gestern Abend dem König von Italien erklärt, daß er es ablehne ein Kabinett zu bilden.

Der Dollar stand heute Vormittag in Berlin vorläufig auf 626.

Mahnung zur Einigkeit und zur Politik.

Wir entnehmen die nachfolgenden Darlegungen der gedankensreichen Rede, die Prof. Dr. Martin Raabe in Marburg bei der dortigen Rathenau-Trauerfeier gehalten und später in der von ihm herausgegebenen Christlichen Welt veröffentlicht hat. D. Schrill.

Es ist schnell gesagt, daß wir einig sein sollen, daß unser deutsches Volk wieder stark sein und immer stark bleiben wird, wenn es einig ist. Man meint damit in der Regel — die Einigkeit nach außen, auf die innere legt man weniger Wert, sonst würde man doch dafür arbeiten, aber davon spricht man nicht. Jene Einigkeit gegen außen haben wir gehabt im August 1914, als unser ganzes Volk in dem Gefühl, selber friedlich von unfriedlichen Nachbarn angegriffen zu sein, sich zur Wehr erhob wie ein Mann. Wir waren vorher nicht einig und sind es, seit jener Traum zerbrach und einem tiefen Mißtrauen gegen die eigene Führung Platz machte, nicht mehr. Jene äußere Einigkeit hat nicht gehalten, was sie versprach, wir müssen eine innere erringen.

Dazu gehört eine vollkommen andere seelische Einstellung aufeinander. Wir müssen uns gegenseitig und unsere verschiedene Ueberzeugung ganz anders achten. Wir sind Schicksalsgenossen — spüren wir das denn immer noch nicht? Als Völkergenossen sind wir Schicksalsgenossen, wir mögen wollen oder nicht. Aber wollen wir denn nicht? Es ist kindisch, den Nachbarn zu verachten um seiner abweichenden politischen und sonstigen Ueberzeugung willen. Ist er ein Dump, so behandle man ihn als solchen; ist er ein ehrenvoller Mensch, so gönne man ihm seine Ehre, gleichviel ob er Kommunist oder Nationalist, Christ oder Jude ist. Dieser blinde Haß und Klassenhaß, dieser Stachel und Giftbissen: ja sind wir denn wirklich das Volk der Denker und Dichter, Kant's, Pläters, Schillers und Goethes? Es gilt innerlich einander verstehen, auch unsere Sondergefühle und Sonderinteressen: das hat ja alles seinen Zusammenhang, seine Ursachen, sein relatives Recht. Und über dem Trennenden das Gemeinsame mit Fleiß suchen, niemals aus den Augen verlieren!

Unsere Deutsch-Demokratische Partei kann mit gutem Gewissen sagen, daß sie das immer wieder tut, und sie hat's darum am schwersten. Wenn unsere Fraktion bei Abstimmungen auseinanderfällt, wenn wir bei der Signation Mühe haben, zwischen den Interessengegensätzen und durchzuschlagen, was sonst ist die Ursache davon, als daß wir über diesen Zwiespalt der Interessen Not und Wohl des Ganzen stellen? Es ist leicht und wohlfeil, Reden mit dem Effekt zu schließen, daß man zur Einigkeit mahnt. Aber furchtbar schwer ist es, für eine reelle Einigkeit in unserem Volke zu arbeiten. Die Deutschen sind offenbar Gruppenmenschen. Wenn einer seine Gruppe oder sein Grüppchen gesund hat, laßt er sich durch's Feuer, dafür opfert er, leidet oft genug auch die bessere, gewissenhafte Ueberzeugung. Aber sich als Mitglied des Saates fühlen und gebärden, das liegt ihm nicht.

So kann es nicht weitergehen. Und damit sind wir schon bei dem Anderen. Wir müssen politisch werden. Über werden wir den falschen Patriotismus, den engen Horizont, den bloßen Eigensinn nicht los. Nicht um Effektpolitik und Interessenspolitik darf es sich handeln, nicht um Reich, Hagier, nicht um ein bequemeres Daseinmachen einzelner Schichten, Klassen oder Haufen für unser Unglück. Suchet der Stadt Bestes. Ringt um Staatsverständnis und Staatsleitung in sachlichem Wettbewerb, aber schiedet alle Inzucht aus eurer Mitte.

Es ist wahrhaftig nicht Schuld an unserem inneren Elend, daß wir Parteien haben. Im Gegenteil, Parteien müssen sein, das politische Gemeinleben des Volkes zu gliedern. Nur in Parteien kann politische Arbeit getan werden, vorbereitende, vorbereitende, verbreitende und verarbeitende, damit dann im Ringen der Parteien ein rechtes Ergebnis erzielt werde. Für die öffentliche Wohlfahrt, für die res publica. In der Republik steht es so, und die haben und behalten wir, weil ihre Abschaffung den blutigsten Bürgerkrieg innen und den furchtbarsten Weltkrieg draußen entfesseln würde. Aber selbst wenn wir einmal wieder eine Monarchie bekämen, würde es eine ganz und gar konstitutionelle sein. Und darum gilt es, politisch werden. Unsere Zukunft hängt davon so sehr ab wie von nichts anderem. Politisch im gewöhnlichen und politischen im tiefsten moralischen Sinn. Sollen Wortschreiber die deutsche Politik machen? Manchmal scheint es, als wären wir auf dem Wege dazu. Und wer sich brüstet, daß er keiner Partei angehöre und kein Politiker sei, der räumt der Wortschreiber das Feld. Hier gilt es, daß die Größten und Einflüchtigsten um so redlicher arbeiten, weil es sich offenbar um einen Charakterfehler des Deutschen handelt. Dazu müssen sich alle zusammenschließen, die begreifen, was die Geschichte unserer Tage, die wir nicht gemacht haben, uns bedeutet.

Die Verzögerung der bayerischen Entscheidung.

Die Antwort auf den Brief des Reichspräsidenten Ebert an den bayerischen Ministerpräsidenten, die bald erbeilen war, soll erst kommenden Mittwoch den Ministerrat in München beschließen. Wenn es nach dem Sprichwort geht: Gut Ding will Weile haben, so soll es auf einige Tage hinausgezögert der Antwort gewiß nicht ankommen. Aber man darf doch darauf hinweisen, daß die Verschleppung auch Gefahren im Geolge hat. Innerpolitische, wenn die Meldungen richtig sind, die aus Südbayern von Marmortafelungen berichten, in denen die Bauern aufgefordert werden, sich in den nächsten Tagen bereit zu halten, falls es zum Bruch zwischen Bayern und dem Reich komme; die Arbeiter würden dann in den Generalstreik treten und die Bauern müßten darauf bewaffnet in die Stadt marschieren. Aber auch die außenpolitischen Gefahren wachsen mit der Verschleppung. Die französische Presse arbeitet in den letzten Tagen fieberhaft an der Ausbeutung des Konflikts zwischen München und Berlin. Offen werden die Gründe dieses Eifers dargelegt: ohne bayerischen Separatismus, also müsse man den bayerischen Separatismus, auch den monarchistischen, ermutigen. Die bayerische Regierung kann zur Unterdrückung der wachsenden innerpolitischen und außenpolitischen Gefahren sehr wesentlich durch schnelle Beantwortung des Briefes des Reichspräsidenten in einer Tonart und in einem Sinne beitragen, die zur raschen Verständigung führen. Man darf annehmen, daß der bayerische Landespräsident Hummel, der zu Besprechungen mit dem bayerischen Ministerpräsidenten gegenwärtig in München weilt, in gleicher Richtung tätig ist.

Bayern beharrt auf seinem Standpunkt.

Die Vorstände der bayerischen Koalitionsparteien haben am Sonntag in München Besprechungen über die Lage abgehalten. Ein Verzicht auf den bisher im Konflikt mit Berlin eingenommenen prinzipiellen Standpunkt des Kabinetts Verzicht wurde abgelehnt und der Brief des Reichspräsidenten als auf Irrtümer Voraussetzung basierend bezeichnet. Jedoch erklärte man sich zu Verhandlungen der bayerischen Regierung mit Berlin einverstanden, und zwar auf dem Boden gegenseitiger Gleichberechtigung.

Der ganze Sonntag ist mit Besprechungen der nach München zurückgekehrten Parteiführer ausgefüllt worden. Eine offizielle Sitzung der Koalitionsparteien hat noch nicht stattgefunden. Es wird jedoch versichert, daß die Koalitionsparteien keineswegs an eine sofortige Aufgabe ihres bisher eingenommenen Standpunktes denken und daß der Brief des Reichspräsidenten eine Entspannung, aber keine Lösung und Befriedung der Krise gebracht habe.

Die französischen Bürgermeister bedecken ihre Regierung.

Zur politischen Lage schreibt die Bayerische Staatszeitung: Es scheint, daß man namentlich in Berlin dem Empfang der französischen Bürgermeister beim Ministerpräsidenten einen Sturz unterstellt, der gar nicht zutrifft. Auch die französischen Bürgermeister

haben ihr volles Einverständnis mit der Haltung und dem Vorgehen der bayerischen Regierung in Sachen der Gesetze zum Schutze der Republik ausgesprochen. Im übrigen ist es auch sachlich falsch, aus diesem Empfang der Bürgermeister herauszulesen zu wollen, daß in Franken die Stimmung weniger entschlossen sei als im sonstigen Bayern. Gerade aus Franken mehrten sich von Tag zu Tag die Stimmen, die das entschiedene Festhalten der bayerischen Regierung an ihrem bisherigen Standpunkt verlangen.

Unmöglich!

Der Wortlaut der französischen Note auf das deutsche Ersuchen vom 14. Juli um Verringerung der Ausgleichsraten von 2 Millionen auf eine halbe Million Pfund Sterling monatlich ist nunmehr veröffentlicht worden und wirkt noch brutaler, als es in dem bisher nur bekannnten Auszuge der Fall war. Außer den schon bekannnten Verhöhnungen der Politik der deutschen Regierung enthält sich die Note nicht, ihr berechnete Langsamkeit bei den Kontoadrechnungen, systematische Verzögerungen und Ähnliches vorzuwerfen, den deutschen Antrag als null und nichtig zu erklären und binnen einer Frist von 10 Tagen, die also am 5. August abläuft, die Zustimmung der Weltregierung der 2 Millionen Pfund zu fordern, widrigenfalls eine bestimmte Anzahl von Maßnahmen sofort und automatisch zur Anwendung gelangt. Diese brutale Antwort ist der französische Aufsicht zur Londoner Konferenz! Entgegen der Einsicht der ganzen übrigen Welt, auch seines treuen Sekundanten Belgien, hält Poincaré mit einer Starrköpfigkeit, die den endgültigen Ruin der französischen Finanzen nach sich ziehen muß, an der Politik der Daumenschrauben und der Festschritte fest. Die Welt bedarf das Reichskabinett täglich über den Entwurf der Antwortnote. Sein Entschluß wird ihm sehr erleichtert durch die Ausdrücke der französischen Note, die eine bisher noch nie dagewesene Entwertung der deutschen Mark nach sich gezogen hat. Bei einem Dollarstand von 665 würde die Beschaffung der Devisen zur Bezahlung der Ausgleichsraten den Markkurs immer noch tiefer färzen und ungeheure Summen von Papiermark erfordern. So stellt uns die Markkatastrophe einfach schlechter vor die Unmöglichkeit, zahlen zu können, man auch Poincaré noch so sehr mit neuen Sanktionen drohen. Wenn der dahingemordete Dr. Rathenau in seiner Antitribüne als Außenminister gesagt hat, es gäbe keine absolute Unerfüllbarkeit, es komme nur darauf an, wie tief man ein Volk in Not geraten lassen könne, so ist diese Grenze jetzt erreicht.

Die deutsche Antwort nach Paris.

Die Antwortnote des Reiches auf die neue französische Drohnote verläßt nicht vor Donnerstag Berlin. Die bisherigen Beratungen im Reichskabinett haben lediglich Uebereinstimmung gebracht, daß Deutschland die Zahlungen nicht leisten könne. Andererseits streben Mitglieder des Kabinetts an, keine unbedingte Zurückweisung der französischen Note auszusprechen, sondern um Verhandlungen in Paris nachzusuchen. Aus Ueberlegen des Finanzministers Hermes zu Zentrumsgesandten am Montag ist zu entnehmen, daß wahrscheinlich die letztere Auffassung im Kabinett siegen werde.

Die englische Antwortnote.

Die gestern eingegangene, an den deutschen Botschafter in London gerichtete Antwort der englischen Regierung auf die deutsche Note vom 14. d. M. wegen der Barzahlungen im Ausgleichsverfahren ist dahier vom 26. Juli und lautet wie folgt: Ich beehre mich, den Empfang der Note Eurer Excellenz Nr. 1454a vom 14. Juli zu bestätigen, die sich auf die Zahlungen bezieht, zu denen Deutschland gegenüber den alliierten Ausgleichsämtern nach Abschnitt 4 des Teiles 10 des Vertrages von Versailles verpflichtet ist. Die Regierung Seiner Majestät nimmt an, daß eine gleiche Note an die anderen beteiligten Regierungen gerichtet worden ist. Sie beabsichtigt, die in ihr aufgeworfenen Fragen baldigst mit den anderen beteiligten Mächten zu erörtern, um zu gegebener Zeit in Gemeinschaft mit den anderen alliierten Mächten der deutschen Regierung Antwort erteilen zu können.

Neuer Krieg im Orient?

Während England und Frankreich sich endlich darüber geeinigt haben, daß auf der Londoner Konferenz auch die Orientfragen zur Erörterung gelangen sollen, hat Griechenland diese Erörterung selbst in die Hand genommen und den Kabinetten in London, Paris und Rom eine Note überreicht, in der die Ermächtigung

finden ist glauben —
im gleichen
Genonid V.,
das Schrei-
ne Gedanken
feuersbrunst;
gewünschten
so was: ich
und plötzlich
die und Ullge-
denken, das
häufig den
Die wahre
de die besten
Der Teufel
ihre Stelle?
habe ich das
lungen steht
überhaupt
— Pfauen,
so laumenschor-
Rathenauverein.
de im großen
Christus auf-
auf: abends
48 Uhr
archhaus: saale-
r Kindergot-
entthal.
raball
on - Virtuosen
der Drechsel.
ders.
3. August
nar".
von Anna
Bollermann
ia Orlando.
lassen.
elber.
Hollenstein.
igkeit"
ellen
lg.
geg. 9 Uhr
ell 5 Uhr.
5 Uhr.